

Jahresbericht Radgenossenschaft fürs Jahr 2014

zuhanden der Generalversammlung 2015

2014 war ein schwieriges Jahr für die Radgenossenschaft. Trotz Angriffen von verschiedenen Seiten, die mit antiziganistischen Vorurteilen operierten, hat die Radgenossenschaft aber weiter funktioniert.

Namentlich die „Beobachter“-Artikelserie, die den Charakter einer Kampagne hatte und mit einem halben Dutzend Artikeln das ganze Jahr über anhielt, schadete dem Ruf der Radgenossenschaft. Das Bundesamt für Kultur hat unserem Eindruck nach die vom „Beobachter“ geäusserten Positionen geteilt, ohne sich klar zu äussern. Die Radgenossenschaft hat sich deswegen im Frühling 2015 an die Eidgenössische Kommission für Rassismus sowie an die Gesellschaft Minderheiten in der Schweiz gewandt und um eine Stellungnahme zu der von uns festgestellten Diskriminierung gebeten.

Lebensraum für Fahrende

Es können hier nicht alle Errungenschaften und Rückschläge im Ringen um Lebensraum für Fahrende dargestellt werden. Die Radgenossenschaft und ihr Präsident haben in verschiedenen Projekten intensiv mitgewirkt, dies namentlich im Kanton Aargau:

- Am 29. März 2014 konnte die Radgenossenschaft die Platzordnung für den Platz beim Bauernhof Chlosterschür in Würenlos unterzeichnen.
- Am 24. April wurde die Platzordnung für den Durchgangsplatz Augsterstich in der Gemeinde Kaiseraugst verabschiedet; Die Radgenossenschaft hat an den Verhandlungen mitgewirkt.
- Am 27.11. konnten wir die Platzordnung für den Durchgangsplatz Trinerplatten in der Stadt Zofingen unterzeichnen.
- Die Radgenossenschaft steht nebst Aargau und Solothurn in ständigem Kontakt mit den Behörden auf Gemeinde- und Kantonsebene in Zürich (etwa betreffend den Platz Eichrain), Graubünden (Bonaduz), Thurgau (Frauenfeld) und mit allenfalls beteiligten Bundesämtern.

Die Stiftung Zukunft Schweizer Fahrende vermerkt in ihrem Protokoll der Sitzung vom 5. Dezember 2014, dass der Kanton Aargau zum „eigentlichen Vorzeigekanton“ in Bezug auf Lebensraum für Fahrende geworden sei und dass die Entwicklung „durch mehrere Besprechungen mit dem zuständigen Regierungsrat von der Stiftung und der Radgenossenschaft angeschoben und begleitet worden“ ist.

Auch in Solothurn konnte wieder Bewegung in eine lange Geschichte gebracht werden: Die Radgenossenschaft führte Gespräche und Verhandlungen betreffend einen Standplatz. Erreicht wurde, dass einige Wagen in Lüsslingen halten und überwintern können; für einen weiteren Platz für ein halb Dutzend Einheiten im Kanton Solothurn, in Flumenthal, zeichnete sich eine Lösung ab.

Dienstleistungen

Die Radgenossenschaft konnte ihre Dienstleistung für Fahrende ausbauen durch Gespräche über Autovergünstigungen bei der Firma Fiat, die 2015 zu einem Vertrag führen.

Regelmässig halfen wir ehemaligen Verdingkindern weiter, ihre Gesuche für Entschädigungen richtig auszufüllen und am richtigen Ort einzureichen.

Weiterhin wurde Einzelfallhilfe geleistet; Personen, die sich mit einem Anliegen an das Sekretariat wandten, wurden in Einzelfällen beraten und wo möglich an zuständige Stellen gewiesen; oft betraf dies Schulfragen, namentlich den Schuldipsens für Kinder von Familien auf der Reise.

Ein Hinweis auf die vielfältigen Aktivitäten des Sekretariat und der Geschäftsleitung gibt die Telefonstatistik. Wir schätzen, dass im Jahr 2014 etwa 2000 Telefongespräche mit dem Sekretariat und dem Präsidenten geführt wurden.

Dokumentationszentrum

Die Sammlung von Dokumenten wurde mit allerdings beschränkten Kräften des Sekretariats weitergeführt. Die Aufarbeitung des Archivs durch den Historiker Thomas Huonker wurde in ebenfalls beschränktem Umfang fortgeführt.

Das Dokumentationszentrum ist derzeit während drei Tagen in der Woche geöffnet. Es konnten diverse Führungen stattfinden; Besucher stammten von der Rudolf-Steiner-Schule, einer Fachhochschule, der Universität St. Gallen. Wir begrüßen hier regelmässig Schulklassen. Das Dokumentationszentrum dient auch als Sitzungsraum und Treff.

Am 19. Mai 2014 hat die Radgenossenschaft Stellung genommen zur Kulturbotschaft des Bundes; wir haben darin unter anderem verlangt, dass auch den Anliegen der sesshaften Jenischen, der Sinti und der Roma Beachtung geschenkt wird.

Finanzen und Bundesamt für Kultur

Im Herbst 2014 begann eine unerfreuliche Auseinandersetzung mit dem Bundesamt für Kultur. Am 11. September 2014 verlangte das BAK auf Grund einer vermuteten Unterfinanzierung der Radgenossenschaft unter anderem „einen personellen Neustart“, und forderte: „Der Präsident und die Mitglieder des Verwaltungsrates treten von ihren Ämtern vollständig zurück.“ Die Radgenossenschaft hat das abgelehnt, da weder Präsident noch Verwaltungsratsmitgliedern Verfehlungen begangen haben; das Bundesamt für Kultur hat solche Vorwürfe nicht einmal erhoben. Die Radgenossenschaft betrachtet die unbegründete Forderung nach Rücktritt von leitenden Mitgliedern als Verstoß gegen die von der Schweiz unterzeichnete europäische Konvention für Minderheiten und als Eingriff ins das Recht der Minderheiten und ihrer Angehörigen, sich selber zu organisieren

Tatsächlich hat eine Revision das Gegenteil der – auch auf Facebook – weitverbreiteten Gerüchte ergeben. Zwar waren die Finanzen der Radgenossenschaft Anfang Jahr in den roten Zahlen, sie konnten aber aus eigener Kraft und dank selbstorganisierten Drittmitteln wieder in Ordnung gebracht werden. Eine auf Veranlassung des Bundesamtes für Kultur verlangte ausserordentliche Revision durch die Revisionsstelle KMU Treuhand und Revisions AG vom 30. September 2014 ergab, dass die Radgenossenschaft zu diesem Zeitpunkt wieder in den schwarzen Zahlen war. Auf Nachfrage des Bundesamtes für Kultur hat der Verantwortliche für diese Revision, Jakob Huber von der KMU Treuhand und Revisions AG, zudem ausdrücklich erklärt, es lägen trotz vertiefter Analyse keinerlei Indizien für ein deliktisches Verhalten der Verantwortlichen vor.*

Hingegen besteht die Gefahr, dass Radgenossenschaft wegen mangelnder Unterstützung durch Bund den Betrieb 2015 reduzieren oder einstellen muss. Die erwähnte Revisionsstelle vermerkt in ihrem Bericht ausdrücklich: „Sollte

das BAK für das Kalenderjahr 2015 einen wesentlich tieferen Betriebsbeitrag leisten, ist die Fähigkeit der Genossenschaft zur Fortführung der Geschäftstätigkeit erheblich gefährdet, ohne anderweitige, alternative Finanzierungen gar verunmöglicht.“

Eingestellt werden musste gegen Jahresende die weitere Erfassung und Katalogisierung der Dokumente in unserem Archivbestand. Nicht angegangen werden konnte mangels Finanzmitteln die Projektierung einer neuen Feckerkilbi für 2015, das ist besonders schmerzhaft, ist die Feckerkilbi doch immer wieder eine gute Gelegenheit, wo die Jenischen, Sinti und Roma sich zeigen können.

Am 18. Dezember 2014 eröffnete das BAK in einem Gespräch mit der Radgenossenschaft, dass es Unterstützungsgelder vorläufig nur bis zur Generalversammlung 2015 sprechen werde, und dies in wesentlich reduziertem Umfang. Ebenfalls stellte die Behörde erneut eine Reihe von Bedingungen.

Die Radgenossenschaft hat in einem Schreiben ans BAK protestiert. Abgesehen davon, dass eine solche Scheibchenpolitik jede längerfristige Planung verunmöglicht, betrachten wir diese Politik als im Widerspruch stehend zur Aufgabe des Bundes, die Minderheiten der Jenischen, Sinti und Roma zu unterstützen, weil sie eben Minderheiten sind, und ihre zentralen Organisationen nicht zu schwächen.

Organisatorisches

Am 29. März 2014 fand die ordentliche Generalversammlung im Restaurant Farbhof statt. Daniel Huber wurde für vier Jahre als Präsident wiedergewählt und gemäss Protokoll „mit einem grossen Applaus verdankt“. Die Statuten, die auf Verlangen des Bundesamtes für Kultur renoviert worden waren, wurden angenommen.

Mit Datum vom 16. Juni 2014 kündigte die bisherige Geschäftsführerin Sandra Bosshard, gemäss Kündigungsschreiben „wegen gesundheitlichen Problemen“, dies auf 30. September 2014.

Per 1. Oktober 2014 nahm Willi Wottreng als neuer Geschäftsführer seine Arbeit auf. Sein erklärtes Ziel war es von Anfang an mitzuhelfen, der Radgenossenschaft wieder innere Ruhe und Ordnung und äussere Anerkennung zu verschaffen. Wottreng hat die Radgenossenschaft seit vielen Jahren als Journalist begleitet und unterstützt. Der derzeitige Geschäftsführer sieht seine Kompetenzen und seine Aufgaben eng und will, dass die politischen

Entscheidungen immer Sache der Jenischen, Sinti und Roma selber sein sollen. Das Mandat ist befristet, aber verlängerbar.

Der neue Geschäftsführer bemühte sich, die Abläufe, Kompetenzen und Verantwortungen klarer zu gestalten. Per Ende Jahr lag der Entwurf für ein Geschäfts-, Kompetenz und Spesenreglement vor. Dieses Reglement wurde am 13. Januar 2015 vom Verwaltungsrat gutgeheissen.

Zusammenarbeit mit anderen Minderheitsorganisationen

Die Radgenossenschaft nahm mit anderen an Sitzungen des Stiftungsrates der Stiftung Zukunft Schweizer Fahrende teil und hat in verschiedenen Fragen zusammengearbeitet mit der Organisation Schäft qwant, der Coopération Jenische Kultur, dem Projekt „Schule auf Reisen“, dem Schulprojekt Buech. Sie pflegte Kontakte zum Zigeunerkulturzentrum, zur Zigeunermmission, zum Komitee Sinti Bern. Die Radgenossenschaft trat auf an den Zigeunerkulturtagen in Zürich. Ein Vertreter wirkte am „International Romani Day“ an der Kundgebung auf dem Bundesplatz mit.

Am 13. November 2014 haben Vertreter der Radgenossenschaft teilgenommen an der vom Bundesamt für Kultur einberufenen Sitzung betreffend Arbeitsgruppen zu den aktuellen Fragen der Jenischen, Sinti und Roma. Wir sind mit anderen Organisationen unter Protest aus der Sitzung gegangen, als sich zeigte, dass das BAK nicht bereit ist mit den Minderheiten auf Augenhöhe zu verhandeln. Diese Forderung gilt weiterhin. Das Problem ist ungelöst. Eine zentrale Forderung ist, dass Jenische, Sinti und Roma als selbständige Minderheiten in diesem Land anerkannt werden.

Dank

Die Sekretariatsarbeit lag nach dem Ausscheiden von Sandra Bosshard und dem durch eine Erkrankung bedingten Ausfallen von Barbara Rigassi ganz bei Scarlette Gruber, einer Angehörigen des jenischen Volkes. Wir sind ihr sehr dankbar für ihren Einsatz. Wir haben sie darin unterstützt, dass sie sich weiterbildet und als Jenische auf den KV-Abschluss vorbereitet; das Schulgeld ist verdankenswerterweise von der Gesellschaft Minderheiten Schweiz GMS gesprochen worden.

Wir danken allen, die in schwierigen Zeiten zur Radgenossenschaft gehalten und ihre Unterstützung kundgetan haben.

ww./dh, März 2015

** Ergänzender Nachtrag vom 10. März 2015, auf Wunsch der Firma KMU Treuhand und Revisions AG*

"In Ergänzung zum Jahresbericht fürs 2014 der Radgenossenschaft der Landstrasse hält der für die Revision des Zwischenabschlusses per 30. September 2014 verantwortliche Revisor ausdrücklich fest, dass die Revision hauptsächlich Befragungen und analytische Prüfungshandlungen sowie den Umständen angemessene Detailprüfungen umfasste. Dagegen waren Prüfungen der betrieblichen Abläufe und des internen Kontrollsystems sowie Befragungen und weitere Prüfungshandlungen zur Aufdeckung deliktischer Handlungen oder anderer Gesetzesverstösse nicht Bestandteil dieser Revision."